

Wahlprüfsteine für die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026 vom

Partei: SPD

1. Instrument Fahrrad

Das Fahrrad ist das richtige Instrument, um aktuellen Problemen zu begegnen. Radverkehr fördert die Gesundheit, Nachhaltigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die lokale Wirtschaft.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Das stimmt natürlich, jedoch ist unsere verkehrliche Infrastruktur (Straßen, Radwege und der ÖPNV) dafür noch nicht vollumfänglich nutzbar.

2. Verkehrspolitik nach Bedürfnissen

Verkehrspolitik sollte sich an den Bedarfen aller Menschen orientieren und nicht zuerst an den Bedürfnissen von Autofahrenden. Die Förderung von Radverkehr sollte überall vorangebracht werden, auch dann, wenn damit Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs einhergehen (z.B. Verschmälerung der Fahrbahn, Geschwindigkeitsreduktion, Änderung der Vorfahrt, Streichung von Parkplätzen).

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Es muss dringend ein Umdenken stattfinden, die Verkehrspolitik von den Schwächsten Verkehrsteilnehmenden her zu denken. Der PKW-Individualverkehr sollte auf ein möglichstes Mindestmaß reduziert werden. Die PKW-Fahrende müssen verstärkt auf die anderen Verkehrsteilnehmenden achten, da diese stärker gefährdet sind, und zwar durch den motorisierten Verkehr. Dies soll kein „Eldorado“ für den Radverkehr bedeuten, sondern einfach, dass der Stärkere auf den Schwächeren achtgibt. So funktioniert eine demokratische Gesellschaft.

3. Verkehrsmittelwahl

Die Verkehrsmittelwahl sollte in der Stadt und auf dem Land durch ein gutes Angebot frei und auch unabhängig vom eigenen Auto gewährleistet sein. Dies soll dadurch gefördert werden, dass der Umstieg von anderen Verkehrsmitteln aufs Rad überall gewährleistet wird, z.B. mit Leihrädern und Mobilitätsstationen.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Der Zugang zu Alternativen sollte nicht nur ausgebaut, sondern auch attraktiv und einfach gestaltet werden.

4. Radnetz und Radtourismus

Erst ein durchgängiges Radnetz im Land lädt auch zum Radfahren ein. Lücken im Radnetz müssen deswegen systematisch geschlossen werden. Durch den gezielten Ausbau des touristischen Radnetzes soll neben dem Alltagsradverkehr auch der Radtourismus verbessert werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Unser Radnetz muss dringend erweitert werden, damit Fahrradfahren attraktiv gestaltet werden kann. Dies bietet sicherlich auch für touristische Belange Chancen für neue Erschließungsmöglichkeiten, vor allem in unseren attraktiven Urlaubsregionen.

5. Ausbau von Radschnellwegen

Radschnellwege machen das Radfahren durch direkte Verbindungen und geringe Haltezeiten insbesondere fürs Pendeln attraktiv. Der konsequente Ausbau stärkt den Alltagsverkehr zwischen Kommunen. Strategien zur Erhöhung des Radverkehrsanteils sollen weitergedacht und umgesetzt werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Radschnellwege sind essenziell.

6. Finanzielle Radförderung

Finanzielle Radförderung fördert den Ausbau und die Instandhaltung von Radwegen. Die finanziellen Mittel zur Förderung des kommunalen Radwegeausbaus sollen verstetigt und ausgebaut werden, um allen Beteiligten Planungssicherheit zu geben. Auch für Personal im Bereich nachhaltiger Mobilität müssen Mittel erhalten und weiter ausgebaut werden, um lokale Ansprechpersonen mit diesem Fokus zu gewährleisten.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Die Radförderung muss ins Finanzierungsportfolio übergehen und wir brauchen diesbezüglich einen breiten Konsens, dass wir natürlich sämtliche Belange unseres Finanzierungswesens berücksichtigen müssen. Die finanziellen Mittel sind endlich und dies muss ALLEN bewusst sein – es wird auch mal abgewogen werden müssen.

7. Vision Zero

Die „Vision Zero“ steht dafür, dass es keine Toten und Schwerverletzte im Straßenverkehr geben soll. Sie liegt als Handlungsleitfaden der Landesverkehrspolitik zu Grunde. Die Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, die keine Knautschzone haben, muss dabei besonders beachtet und es müssen Maßnahmen für ihre Sicherheit umgesetzt werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Vollkommene Zustimmung, für die Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen müssen wir alles tun. Wir müssen aber auch auf ordentliche Sicherheitsstandards und Verkehrsregeln bei Fahrradfahrenden achten.

8. Sicherheit durch Kontrollen

Falschparkende Autos stellen meist ein Verkehrsrisiko für Menschen zu Fuß oder auf dem Rad dar. Falschparken sollte konsequenter geahndet und höher bestraft werden. Geschwindigkeitskontrollen müssen vor allem auf geteilter Infrastruktur regelmäßig durchgeführt werden, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu steigern.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Auch hier gilt die Regeldurchsetzung und speziell Falschparken und Geschwindigkeitsüberhöhung muss finanziell und rechtlich mehr weh tun.

9. Mobilität von Kindern

Für sichere Schulwege müssen infrastrukturelle Maßnahmen umgesetzt werden, um die aktive Mobilität von Kindern zu steigern. Es sollen Angebote und Beratung für Schulen weiterentwickelt und verstetigt werden, um verkehrsberuhigte Schulstraßen oder Schulzonen zu fördern. Zusätzlich müssen praxisnahe Bildungsangebote im Bereich Fahrradfahren an Schulen ausgeweitet werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Vollkommene Zustimmung, wir müssen auf unsere Kinder achten. Wir müssen den Schulweg aber auch so sicher und attraktiv gestalten, dass Kinder ohne „Elterntaxis“ dorthin kommen. Meines Erachtens ist es die pure Angst der

Erziehungsberechtigten, die Kinder dem System Straßenverkehr zu übergeben – welche absolut berechtigt ist. Es sind zu viele Autos auf den Straßen und in den morgendlichen Stoßzeiten herrscht oftmals zu viel Rücksichtslosigkeit und Stress.

10. Öffentlichkeitsarbeit

Das Land kann durch öffentliche Kampagnen gezielt Themen setzen. Deswegen sollte es eine gezielte Landeskampagne zur Prävention von Verkehrsunfällen geben. Diese kann den regelkonformen Überholabstand, sicherheitsbewusstes Parken, gegenseitigen Respekt im Verkehr o.ä. beinhalten.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Enthaltung

Begründung: Nicht sicher, ob dies funktioniert, da sich die Menschen nicht unbedingt an Regeln halten wollen. Wir sollten eher auf die Durchsetzung der Regeln achten.

11. Nachhaltige Modellprojekte

Innovative Mobilitätskonzepte, wie z.B. Superblocks aus Barcelona oder Radabstellanlagen aus den Niederlanden, bringen Baden-Württemberg voran. Solche Konzepte müssen für die Übernahme vor Ort gezielt erprobt, evaluiert und im Idealfall verstetigt werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Innovative Mobilitätskonzepte anderer Länder können oft nicht 1:1 übertragen werden. Wir brauchen diesbezüglich m.E. ein „Expertengremium“, welches hier voraus denkt.

12. Fahrradwirtschaft und Fahrradindustrie

Eine systematische Förderung der Fahrradwirtschaft rüstet das Land für die Zukunft. Dies beinhaltet attraktive Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Ausbildungsmöglichkeiten in der Fahrradwirtschaft in Baden-Württemberg.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Wichtig wäre in diesem Zusammenhang, dass die Fahrradwirtschaft bzgl. Preisentwicklung nicht den Fehlern des Marktes unterliegt und die Preisentwicklung – vor allem für sozial Schwächere und Familien – sich nur in die Richtung „nach oben“ entwickelt. Vor allem Familien brauchen hier finanzielle Entlastung, da diese in der Regel – im Gegensatz zum Singlehaushalt – nicht nur ein Fahrrad brauchen, sondern mehrere und vor allem eine effiziente und kostengünstige Wartung.

13. Klimawandelanpassung

Die Anpassung an neue Klimabedingungen muss priorisiert werden. Dazu zählt die Begrünung und Entsiegelung von Innenstädten. Im Zuge dessen soll es zu einer Beruhigung und Umwandlung von Verkehrsflächen kommen.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Innenstädte sollten dort, wo es möglich ist, konsequent begrünt und entsiegelt werden, um Aufenthaltsqualität und Klimaanpassung zu verbessern. Verkehrsflächen – insbesondere Parkplätze – sind zu reduzieren und vorrangig den Anwohnenden der Innenstadt vorzubehalten. Gleichzeitig brauchen wir attraktive, gut angebundene Parksysteme wie Park-and-Ride-Lösungen, damit der Individualverkehr insgesamt spürbar zurückgeht.

14. Betriebliches Mobilitätsmanagement

Betriebliches Mobilitätsmanagement fördert nachhaltigen Verkehr und die Gesundheit der Mitarbeitenden. Unternehmen und Kommunen werden bei Maßnahmen hin zu mehr Fahrradfreundlichkeit für Pendler*innen unterstützt. Auch im Einzelhandel wird ein fahrradfreundlicher Umbau für die Kundschaft sowie Serviceangebote für nachhaltige Transportmöglichkeiten (wie z.B. Leihlastenräder und Reparaturstationen) gefördert.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Ich habe diesbezüglich nichts mehr hinzuzufügen.

15. Kostenlose Fahrradmitnahme

Die kostenlose Fahrradmitnahme im Nahverkehr fördert den lokalen Radverkehr. In Baden-Württemberg wird die kostenlose Mitnahme erhalten, optimiert und ausgeweitet. Bei der Beschaffung neuer Züge soll die Fahrradmitnahme zwingend mit eingeplant werden. So wird das Radfahren im Alltag und der Freizeit durch den möglichen Übergang zum Nahverkehr noch attraktiver.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Ich stimme dem ausdrücklich zu: Die Fahrradmitnahme ist ein großer Pluspunkt der Bahn und stärkt die intermodale Mobilität. Sie sollte kostenlos ermöglicht oder zumindest deutlich ausgeweitet und attraktiver gestaltet werden. Damit wird die Kombination aus Rad und öffentlichem Verkehr gefördert und der Umstieg vom Auto erleichtert.

16. Vereine & Zivilgesellschaft

Lokale Initiativen und Vereine bilden das Rückgrat der Demokratie. Sie werden als verlässliche Partner bei Infrastrukturprojekten und anderen Vorhaben im Bereich Mobilität von Beginn an eingebunden. Förderprogramme des Landes (z.B. Allianz für Beteiligung) für örtliche Initiativen im Bereich Mobilität sollen verstetigt und potenziell weiter ausgebaut werden, um demokratische Beteiligung zu fördern.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): Zustimmung

Begründung: Vereine und ehrenamtliches Engagement verdienen breite Förderung und verlässliche Unterstützung – auch in diesem Bereich. Angesichts einer zunehmend anspruchsvollen Arbeitswelt müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die freiwilliges Engagement erleichtern statt erschweren. Demokratisch ausgerichtete und gemeinwohlorientierte Projekte gilt es daher gezielt zu stärken und strukturell abzusichern.